

1 **Gruppe 41 - Informationszentrum Asyl und Migration**

2 **Briefing Notes**

3 **23. Dezember 2013**

4
5 **Afghanistan**

Ansprechpartner: Hr. Karl, Tel.: 7212

6
7 **Sicherheitslage**

8 Am 18.12.13 griff ein Selbstmordkommando der Taliban ein Nachschublager der ISAF in Torkham (Provinz
9 Nangarhar, Ostafghanistan, Grenzübergang nach Pakistan) an und verletzte dabei zwei afghanische Polizis-
10 ten.

11
12 **Irak**

Ansprechpartner: Fr. Niedenzu, Tel.: 7216

13
14 **Sicherheitslage**

15 Weiterhin kommt es täglich zu Anschlägen. Die Zahl der Todesopfer unter der Zivilbevölkerung wird von
16 Iraq Body Count im Dezember (Stand: 22.12.13) mit 738 angegeben. Im bisherigen Verlauf des Jahres 2013
17 liegt die Zahl der zivilen Opfer über 9.200.

18 Am 16.12.13 hat eine Serie von Anschlägen mindestens 70 Todesopfer gefordert. Einer anderen Meldung
19 zufolge gab es 82 Todesopfer. Allein in Bagdad detonierten in verschiedenen Stadtteilen sieben Sprengsätze.
20 Weitere Anschläge gab es u.a. in Mosul, Basra, im Süden des Landes und in der westlichen Provinz Anbar.
21 In Tikrit (Provinz Salahaddin) stürmten am 16.12.13 bewaffnete Attentäter den Sitz der Provinzregierung
22 und nahmen 40 Angestellte als Geiseln. Diese wurden durch die staatliche Anti-Terror-Einheit befreit. Neben
23 drei Selbstmordattentätern wurden auch ein Stadtratsmitglied und zwei Polizisten getötet.

24 Bei mehreren Anschlägen auf schiitische Pilger wurden am 18.12.13 insgesamt neun Menschen getötet. Be-
25 reits am 17.12.13 gab es bei einer Serie von Anschlägen auf schiitische Pilger mindestens acht Todesopfer;
26 am 16.12.13 starben bei zwei Autobombenanschlägen auf Pilger mindestens 24 Menschen. Landesweit wurde
27 am 17.12.13 von 23 Todesopfern und am 18.12.13 von 15 Todesopfern berichtet.

28 Am 19.12.13 starben mindestens 65 Menschen bei Anschlägen, davon allein in Bagdad 44.

29 Am 20.12.13 gab es zwischen 33 und 42 Todesopfer, weitere 41 wurden verletzt. Am stärksten betroffen war
30 Tuz Khurmato (Provinz Salahaddin). Dort wurden bei Anschlägen auf einen Markt zwölf Menschen getötet
31 und weitere 31 verletzt. Weitere Todesopfer gab es bei Anschlägen u.a. in Kirkuk, Hawija und Mosul.

32 Am 21.12.13 wurden bei einem Anschlag in der Stadt Rutba in der Provinz Anbar mindestens 18 ranghohe
33 Offiziere der irakischen Armee getötet, weitere 32 Soldaten wurden verletzt. Landesweit gab es unterschied-
34 lichen Meldungen zufolge zwischen 28 und 52 Todesopfer.

35 Am 22.12.13 starben bei Anschlägen u.a. in Mosul, Bagdad und Kirkuk 17 Menschen.

36
37 **Hinrichtungen**

38 Lt. Pressemeldung vom 19.12.13 wurden erneut sieben Menschen hingerichtet, die im Zusammenhang mit
39 Terrorismus verurteilt worden waren. Damit liegt die Zahl der Hinrichtungen im Jahr 2013 bei etwa 170.

40
41
42 **Syrien**

Ansprechpartner: Fr. Eskofier, Tel.: 7202

43 **Schwere Luftangriffe auf Aleppo / Sicherheitslage**

44 Die Zahl der Toten bei dem Luftangriff auf Aleppo am 15.12.13 (vgl. BN v. 16.12.13) erhöhte sich laut An-
45 gaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte auf mindestens 76, darunter 28 Kinder. Am

1 22.12.13 starben Angaben der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte zufolge in drei Bezirken
2 Aleppos mindestens 44 Menschen, darunter sechs Kinder. Nach Angaben der Opposition kamen mit dem
3 Sprengstoff TNT gefüllte Bomben zum Einsatz. Vor einer Woche starteten Regierungstruppen Angriffe auf
4 Stadtgebiete Aleppos, die von Aufständischen kontrolliert werden. Seitdem sollen etwa 200 Menschen getö-
5 tet worden sein. Aus anderen Orten der Provinz Aleppo wurden ebenfalls Luftangriffe gemeldet.
6 In der Nähe von Homs starben am 22.12.13 mehrere Menschen, darunter fünf Kinder, als ein mit Sprengstoff
7 beladener Lastwagen vor einer Schule explodierte.

8
9 Nach Schätzungen von Aktivisten kamen im syrischen Bürgerkrieg bislang etwa 126.000 Menschen ums
10 Leben. Die UN prognostizieren, dass 2014 mehr als 4 Millionen Syrer in den Nachbarländern Schutz suchen
11 werden, nahezu doppelt so viele wie heute. Das Welternährungsprogramm (WFP) geht von etwa 2,9 Millio-
12 nen Schutzsuchenden aus. Seit Ausbruch des Konfliktes im März 2011 flohen mehr als 2,3 Millionen Syrer
13 in benachbarte Länder.

14 15 **Regime lässt mutmaßliche Oppositionelle verschwinden**

16 Die Unabhängige Internationale Untersuchungskommission für Syrien, eine vom UN-Menschenrechtsrat
17 berufene Expertengruppe, wirft in ihrem am 19.12.13 veröffentlichten Bericht dem syrischen Regime vor, als
18 gezielte Bürgerkriegstaktik mutmaßliche Oppositionelle in geheimen Gefängnissen verschwinden zu lassen,
19 ohne über ihr Schicksal Auskunft zu geben.

20 21 **Situation von Journalisten**

22 Nach einem Bericht von „Reporter ohne Grenzen“ wird die Lage von Journalisten in Syrien immer prekärer.
23 Besorgniserregend sei die hohe Zahl gezielter Entführungen. Syrien zählt weltweit zu den fünf für Journalis-
24 ten gefährlichsten Ländern.

25 26 **Pakistan**

Ansprechpartner: Hr. Karl, Tel.: 7212

27 28 **Sicherheitslage**

29 Am 17.12.2013 starben bei einem Selbstmordanschlag vor einer schiitischen Moschee nahe der Stadt
30 Rawalpindi mindestens drei Menschen, 14 weitere wurden verletzt. Der Anschlag war der letzte in einer
31 Serie von Gewalttaten zwischen Schiiten und Sunniten, die mit gewalttätigen Auseinandersetzungen im No-
32 vember begonnen hat (vgl. BN v. 18.11.13).

33 Bei einem Angriff der Ansarul Mujahideen, einer wenig bekannten Untergruppe der pakistanischen Taliban
34 (Tehreek-e-Taliban Pakistan, TTP), auf einen Checkpoint der Streitkräfte im Stammesgebiet Nord-
35 Waziristan (Umgebung der Stadt Mir Ali) sollen am 18.12.13 fünf pakistanische Soldaten getötet worden
36 sein. In der darauffolgenden Militäroperation am 19.12.13 sollen nach Armeeangaben 33 Kämpfer der pakis-
37 tanischen Taliban und drei Zivilisten getötet worden sein. Unabhängige Informationen aus dem Gebiet sind
38 kaum zu erhalten, da Militäroperationen fortgesetzt werden, eine Ausgangssperre herrscht und ausländische
39 Journalisten und Hilfsorganisationen das Gebiet nicht betreten dürfen. Bei dem Angriff auf den Checkpoint
40 habe es sich laut TTP um einen Racheakt für den Tod von TTP-Chef Hakimullah Mehsud gehandelt. Man
41 werde das pakistanische Militär weiterhin angreifen. Der neue TTP-Chef Mullah Fazlullah lehnt es weiterhin
42 ab, Friedensgespräche zu führen.

43 44 **Türkei**

Ansprechpartner: Hr. Kropf, Tel.: 7213

45 46 **Operation gegen Korruption in der Türkei**

47 Seit dem 17.12.13 wurden in Istanbul und Ankara mehrere Großrazzien wegen Korruption, Geldwäsche und
48 Bestechung durchgeführt, bei denen über 80 Personen wegen des Verdachts der Korruption und organisier-
49 ten Kriminalität festgenommen wurden. Darunter waren auch drei Söhne von Staatsministern (von Innenmi-
50 nister Muammer Guler, Wirtschaftsminister Zafer Çağlayan und Umweltminister Erdoğan Bayraktar) sowie
51 hochrangige Beamte und prominente Unternehmer. In der Wohnung des Leiters der staatlichen Halkbank
52 wurden nach Presseberichten angeblich 4,5 Mio. Dollar beschlagnahmt, die in Schuhkartons aufbewahrt
53 waren. Die Korruptionsvorwürfe betreffen auch Kernbereiche der Politik von Ministerpräsident Erdogan,
54 wie den Handel mit Iran und prestigeträchtige Bauprojekte. Ministerpräsident Erdogan bezeichnete die Mas-

1 senfestnahmen nach Presseberichten in Führungszirkeln des Landes als "dreckige Operation" und "politi-
2 sche Verschwörung" gegen seine Regierung. Am 18.12.13 wurden ohne Begründung die Chefs von fünf
3 Istanbuler Polizeidezernaten ihrer Ämter enthoben, unter ihnen die Verantwortlichen für Finanzdelikte,
4 Schmuggel und organisiertes Verbrechen. Zudem wurden den ermittelnden Staatsanwälten zwei neue Kolle-
5 gen beigeordnet. Insgesamt wurden 29 hohe Polizeioffiziere im Zusammenhang mit den Razzien versetzt.
6

7 **Türkische Polizei setzt Tränengas ein**

8 Laut Pressemeldung ging die türkische Polizei am 22.12.13 mit Tränengas und Wasserwerfern gegen De-
9 monstranten vor. Sie hätten auf Transparenten den Rücktritt der Regierung von Ministerpräsident Erdogan
10 gefordert und sich gegen die jüngste Entlassung von Dutzenden Polizeichefs gewandt.
11

12 **Ägypten**

Ansprechpartner: Fr. Schäfer, Tel.: 7217

13 **Dritte Anklage gegen Mursi**

14 Die Staatsanwaltschaft in Kairo beschuldigte am 21.12.13 den gestürzten Präsidenten Mursi und weitere 132
15 Personen, während des Aufstands gegen den damaligen Präsidenten Mubarak aus dem Gefängnis ausgebro-
16 chen zu sein und die Ausbrüche anderer Personen organisiert zu haben. An der Befreiung Mursis und anderer
17 Muslimbrüder aus dem Gefängnis Wadi Natrun sollen auch Kämpfer der palästinensischen Hamas und der
18 libanesischen Hisbollah beteiligt gewesen sein. Am 18.12.13 hatte die Staatsanwaltschaft in diesem Zusam-
19 menhang gegen Mursi Anklage wegen Terrorismus und Spionage erhoben. In einem weiteren Verfahren soll
20 sich Mursi für den Tod von sieben gegnerischen Demonstranten während seiner Amtszeit verantworten.
21

22 **Säkulare Aktivisten verurteilt**

23 Nach der Verurteilung von drei prominenten Aktivisten der Revolution von 2011 zu je drei Jahren Haft we-
24 gen Teilnahme an einer illegalen Demonstration vor wenigen Wochen und tätlichen Angriffs auf Polizisten
25 fürchtet die Opposition, dass die Regierung nunmehr nicht nur gegen Islamisten, sondern auch gegen welt-
26 lich orientierte Gegner vorgehen wird.
27

28 **Demonstrationen aufgelöst**

29 Mit Tränengas löste die Polizei in Kairo am 20.12.13 Demonstrationen der Muslimbruderschaft für die Frei-
30 lassung Mursis auf. Auch in Alexandria wurden Protestzüge aufgehalten. Landesweit nahm die Polizei 85
31 Demonstranten fest.
32

33 **Gewalt auf dem Sinai**

34 Am 16.12.13 wurde auf der Sinai-Halbinsel nahe der Stadt al-Arish der Führer einer extremistischen Miliz
35 getötet. Er soll für einen Anschlag, bei dem im Jahr 2012 16 Soldaten ums Leben gekommen waren, verant-
36 wortlich gewesen sein.

37 Am 20.12.13 starben bei einem Feuergefecht mit Extremisten zwei Soldaten. Bei einem Zusammenstoß nahe
38 der Stadt Rafah wurden acht Soldaten verletzt und drei Extremisten getötet.
39

40 **Mali**

Ansprechpartner: Fr. Antoni, Tel.: 7211

41 **Vorläufige Ergebnisse der Parlamentswahl**

42 Am 15.12.13 fand die zweite Runde der Parlamentswahl statt. Vorläufigen Ergebnissen zufolge hat die Partei
43 von Präsident Keita, die Rally für Mali (RPM), 60 der 147 Sitze erhalten und muss eine Koalition eingehen,
44 um die absolute Mehrheit von 74 Sitzen zu erreichen. In der zweiten Runde lag die Wahlbeteiligung mit ca.
45 37 Prozent noch etwas niedriger als bei der ersten Runde mit 38,6 Prozent.
46

47 Bei der ersten Runde der Parlamentswahl am 24.11.13 konnten nur 20 Sitze vergeben werden. In der zweiten
48 Runde am 15.12.13 sollten die 6,5 Millionen Wähler über die verbliebenen 127 Mandate entscheiden.
49

Südsudan

Ansprechpartner: Fr. Schäfer, Tel.: 7217

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30

Hunderte Tote bei Kämpfen

Nach UN-Angaben kamen in der Hauptstadt Juba bei Kämpfen, die in der Nacht vom 15. auf den 16.12.13 ausbrachen, mehrere hundert Menschen ums Leben. Die Rede ist von bis zu 500 Toten und rund 800 Verletzten. Präsident Salva Kiir erklärte den Ausnahmezustand. Nach Angaben des UN-Generalsekretärs suchten bisher mehr als 40.000 Menschen Zuflucht in den Stützpunkten der Vereinten Nationen. Das Auswärtige Amt warnt seit 17.12.13 wegen bewaffneter Auseinandersetzungen zwischen Truppenteilen der Armee in der Hauptstadt dringend vor Reisen nach Südsudan.

Während Salva Kiir am 16.12.13 in einer Fernsehansprache von der Niederschlagung eines Putsches sprach, weiteten sich die Kämpfe auf andere Landesteile aus. Am 18.12.13 brachten im Bundesstaat Jonglei Rebellen die Hauptstadt Bor unter ihre Kontrolle. Auch der Bundesstaat Unity mit seinen Ölvorkommen ist in ihren Händen, nachdem der dortige Regionalkommandeur der SPLA, General James Koang Choul, zu Salva Kiirs Gegner und Rivalen, Ex-Vizepräsident Machar, überlief. Die Ölförderung wurde eingestellt.

In Juba soll die Lage inzwischen relativ ruhig sein.

Hintergrund

Zwischen Präsident Salva Kiir Mayardit, der der Ethnie der Dinka angehört, und seinem ehemaligen Vizepräsidenten Riek Machar von der Ethnie der Nuer schwelt seit langem ein Kampf um die Macht. Die Nuer fühlen sich von den Dinka, die die Institutionen des Staates dominieren, an den Rand gedrängt. Nachdem Machar im Frühjahr 2013 angekündigt hatte, er werde bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2015 gegen Kiir kandidieren, entließ dieser im Juli 2013 unter dem Vorwurf der Inkompetenz das gesamte Kabinett und seinen Stellvertreter Machar.

Riek Machar Teny Dhurgon gehört zu den schillerndsten Figuren Südsudans. Der 1952 geborene promovierte Ingenieur schloss sich früh der Sudan People's Liberation Movement/Army (SPLM/A) von John Garang an. Nach einem Zerwürfnis mit diesem gründete Machar 1991 eine eigene Miliz. Er wird für ein Massaker an etwa 2.000 Zivilisten der Dinka in Bor im selben Jahr verantwortlich gemacht. 1997 unterzeichnete er einen Friedensvertrag mit der Regierung in Khartum und erhielt von Staatspräsident al-Bashir ein Amt in der Regierung. Im Jahr 2000 wechselte Machar erneut die Seiten und schloss sich wieder der SPLM/A an.

Zentralafrikanische Republik

Ansprechpartner: Fr. Hacker, Tel.: 7314
Hr. Spörl, Tel.: 7318

31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45

Aktuelle Lage

Menschenrechtsorganisationen dokumentieren eskalierende Gewalt im Lande. Wie Amnesty International am 19.12.13 berichtete, werden Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen. Es sei u.a. zu extralegalen Hinrichtungen, Zerstörungen von Sakralbauten und Zwangsvertreibungen gekommen. In Bangui töteten christliche Milizen (Anti-Balaka) seit dem 05.12.13 etwa 60 muslimische Männer. Zu den staatlichen Streitkräften zählende Ex-Séléka töteten daraufhin als Vergeltungsmaßnahme mehr als 1.000 christliche Männer und plünderten systematisch Häuser. Auch eine kleine Zahl Frauen und Kinder sei getötet worden. 614.000 Menschen seien landesweit bislang vertrieben worden, davon allein in Bangui 189.000 (ein Viertel der Bevölkerung).

Wie Human Rights Watch ebenfalls am 19.12.13 berichtete, töteten Anti-Balaka seit September in der Provinz Ouham hunderte Muslime, plünderten ihre Häuser und raubten ihr Vieh, worauf die Ex-Séléka mit Vergeltungsmaßnahmen reagiert habe.

DR Kongo

Ansprechpartner: Hr. Nadwornicek, Tel.: 7316

46
47
48
49
50
51

Mindestens 21 Dorfbewohner in Nord-Kivu massakriert

Bei einem schweren Angriff auf die beiden in der Nähe der Distrikthauptstadt Beni (ostkongolesische Provinz Nord-Kivu) gelegenen Dörfer Musuku und Mwenda sind laut Angaben der in der DR Kongo stationierten UN-Friedensmission MONUSCO am 13. und 14.12.13 mindestens 21 Dorfbewohner getötet worden. Drei minderjährige Mädchen seien vergewaltigt und danach enthauptet worden. Für das Massaker werden

1 Angehörige der bis zu 1.400 Kämpfer starken muslimischen Rebellen­gruppe ADF-NALU (Allied Democratic Forces – National Army For The Liberation Of Uganda) aus Uganda verantwortlich gemacht.
2
3
4

Uganda

Ansprechpartner: Fr. Hacker, Tel. 7314
Hr. Spörl, Tel.: 7318

Parlament verabschiedet Gesetz gegen Homosexualität

5
6 Das Parlament verabschiedete am 20.12.13 ein seit Jahren umstrittenes Gesetz, das verschärfte Strafen für
7 Homosexualität vorsieht. Schwulen und Lesben droht nun bei mehrmaligen Verstößen lebenslange Haft. In
8 einem früheren Entwurf enthaltene Formulierungen, wonach in bestimmten Fällen die Todesstrafe verhängt
9 werden kann, wurden fallen gelassen. Nach dem Gesetz ist zudem von einer Haftstrafe bedroht, wer Homo-
10 sexuelle nicht den Behörden meldet. Auch die Förderung von Homosexualität ist strafbar. Damit das Gesetz
11 in Kraft treten kann, muss Präsident Yoweri Museveni es noch unterzeichnen.
12
13
14

Somalia

Ansprechpartner: Fr. Schäfer, Tel.: 7217

Parlament bestätigt neuen Premierminister

15
16 Das somalische Parlament bestätigte am 21.12.13 mit großer Mehrheit die Ernennung von Abdiweli Sheikh
17 Ahmed zum neuen Premierminister. Der 54-Jährige arbeitete zuvor für die Islamic Development Bank in
18 Saudi-Arabien. Er ersetzt Abdi Farah Shirdon, dem das Parlament am 02.12.13 das Misstrauen ausgespro-
19 chen hatte, nachdem er sich mit Präsident Hassan Sheikh Mohamud überworfen hatte. Nach der Verfassung
20 muss Ahmed innerhalb von 30 Tagen ein Kabinett berufen.
21
22

Sechs Tote bei Angriff auf Ärzte

23 Bei einem Überfall auf das Fahrzeug mehrerer Ärzte, die sich am 11.12.13 auf dem Weg zu ihrem Arbeits-
24 platz in einem Krankenhaus nahe Mogadischu befanden, kamen sechs Personen ums Leben, darunter drei
25 syrische und ein somalischer Arzt sowie zwei Leibwächter. Ein weiterer Arzt aus Syrien und ein somalischer
26 Arzt wurden schwer verletzt. Die örtliche Polizei macht die al-Shabaab für den Angriff verantwortlich.
27
28
29

Serbien

Ansprechpartner: Fr. Todt-Arnold, Tel.: 7321

Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen im Januar 2014

30
31 Die EU-Außenminister haben sich am 17.12.13 darauf geeinigt, dass die Beitrittsgespräche mit Serbien am
32 21.01.14 beginnen. Sie würdigten damit die Fortschritte in den Beziehungen zu Kosovo. Es wurde jedoch
33 darauf hingewiesen, dass am Ende der Verhandlungen eine rechtlich bindende Vereinbarung mit Kosovo
34 notwendig sei.
35

36 Die Verhandlungen für ein Stabilitäts- und Assoziierungsabkommen (SAA) mit Kosovo haben im Oktober
37 begonnen und sollen bis zum Frühjahr 2014 abgeschlossen sein. Über den Kandidatenstatus Albanien soll
38 im Juni 2014 beraten werden.
39
40

Russische Föderation

Ansprechpartner: Hr. Brenner, Tel.: 7311

Russisches Parlament beschließt umfassende Amnestie

41
42 Zwei Musikerinnen der Punkband Pussy Riot fallen unter die vom Parlament beschlossene Amnestie. In dem
43 am 18.12.13 gebilligten Amnestiegesetz sind ausdrücklich Mütter mit minderjährigen Kindern sowie der
44 Tatbestand des „Rowdytums“ erwähnt. Wegen dieses Tatbestands waren die 24-jährige Nadeschda
45 Tolokonnikowa und die 25-jährige Maria Aljochina im vergangenen Jahr verurteilt worden. Sie hatten in
46 einer Kirche gegen Putin protestiert. Das Vorgehen der russischen Justiz hatte weltweit Kritik ausgelöst.
47 Auch der Oberste Gerichtshof des Landes rügte vergangene Woche das Urteil, das schwere Fehler aufweise.
48 Die Strafvollzugsbehörde hat nun sechs Monate Zeit, den Gnadenakt umzusetzen. Demnach müssen die bei-
49 den Frauen mehrere Dokumente vorlegen, um in Freiheit zu kommen - zum Beispiel einen Nachweis, dass
50 sie das Erziehungsrecht für ihre minderjährigen Kinder haben. Regulär würden die Frauen im März 2014
51

1 freikommen. Gerechnet wird nun mit ihrer Freilassung in den kommenden Tagen. Maria Aljochina wurde
2 jüngsten Meldungen zufolge am 23.12.13 freigelassen.
3 Auch die Aktivisten der Umweltorganisation Greenpeace können mit einer Einstellung ihrer Verfahren rechnen.
4 Die 30 Männer und Frauen hatten vor einigen Wochen in der Arktis an einer russischen Ölplattform
5 gegen Umweltzerstörung protestiert, wurden vorübergehend verhaftet, aber auf Kautions aus der Untersuchungshaft
6 entlassen. Putin bestätigte, dass sie nun nicht wegen Rowdytums vor Gericht gestellt werden. Sie
7 können nach ihrem Protest gegen die Umweltzerstörung in der Arktis das Land jetzt verlassen. Beobachter
8 gehen davon aus, dass von dem von Präsident Putin vorgelegten Amnestiegesetz insgesamt rund 20.000 Gefangene
9 profitieren werden.

10

11 **Putin unterschreibt Gnadenerlass für Chodorkowski**

12 Präsident Putin hat überraschend die Begnadigungsurkunde für seinen seit zehn Jahren inhaftierten politischen
13 Gegner Michail Chodorkowski unterschrieben. Das teilte die Präsidialverwaltung am 20.12.13 in
14 Moskau mit. Auf Grundlage der Prinzipien der Humanität befreie er den 50-Jährigen von seiner weiteren
15 Haftstrafe, hieß es in dem veröffentlichten Erlass Putins. Die Begnadigung gilt mit sofortiger Wirkung. Der
16 ehemalige Chef des inzwischen zerschlagenen Ölkonzerns Yukos war 2003 festgenommen und zwei Jahre
17 später wegen Betrugs und Steuerhinterziehung verurteilt worden. Chodorkowski konnte noch am selben Tag
18 das Straflager Segescha in der Region Karelien nahe der Grenze zu Finnland verlassen. Chodorkowski hatte
19 sich vor seiner Verurteilung offen zur Opposition bekannt. Der einst reichste Mann Russlands setzte sich
20 zudem für den Bau einer von seiner Firma kontrollierten Ölpipeline nach China ein, die den staatlichen Firmen
21 Konkurrenz gemacht hätte. Der Prozess gegen ihn wurde international als politisch motiviert kritisiert.
22 Der russische Präsident Putin hatte am 19.12.13 überraschend von einem Gnadengesuch Chodorkowskis
23 gesprochen. Die Zeitung „Kommersant“ berichtete, dass Geheimdienstmitarbeiter sich mit Chodorkowski im
24 Straflager getroffen hätten, um den Gnadenerlass auf den Weg zu bringen. Anfang Dezember habe es bereits
25 ein Gespräch von Geheimdienstmitarbeitern mit dem früheren Oligarchen gegeben, bei dem kein Anwalt
26 zugegen war. Dabei sei Chodorkowski gesagt worden, dass sich der Gesundheitszustand seiner krebserkrankten
27 Mutter verschlechtert habe und ihm ein dritter Prozess drohe. Daraufhin habe sich Chodorkowski, der bislang
28 immer ein Gnadengesuch verweigert hatte, an Präsident Putin gewandt. Laut Angaben des Kreml ist ein
29 Gnadengesuch in Russland immer mit einem Schuldeingeständnis verbunden - deshalb hatte sich
30 Chodorkowski lange dagegen gestraubt.

31

32

33 **Ukraine**

Ansprechpartner: Hr. Brenner, Tel.: 7311

Hr. Spörl, Tel.: 7318

34

35 **Sonntagsdemonstrationen fortgesetzt**

36 Zum fünften Mal in Folge demonstrierten am 22.12.13 bei einer großen Sonntagskundgebung Zehntausende
37 gegen die prorussische Führung. Oppositionsführer Vitali Klitschko sprach auf dem zentralen Unabhängigkeitsplatz,
38 dem Maidan. Der unlängst aus dem russischen Straflager entlassene Kremlgegner Michail Chodorkowski sprach
39 von Berlin aus zu den auf dem Maidan Versammelten. Die ukrainische Opposition verkündete die Gründung
40 einer landesweiten Organisation namens Maidan, die sich für eine Verfassungsänderung und eine Annäherung
41 an die EU einsetzen soll. Dem Maidan-Rat gehören neben Vertretern der parlamentarischen Opposition die
42 Sängerin Ruslana und die frühere Regierungschefin Timoschenko an.

43

44

45 **Turkmenistan**

Ansprechpartner: Fr. Antoni, Tel.: 7211

46

47 **Ergebnisse der Parlamentswahl in Turkmenistan**

48 Bei der Parlamentswahl am 15.12.13 hat die Partei von Präsident Gurbanguli Berdimuchamedow gewonnen.
49 Die Demokratische Partei Turkmenistans errang 47 von 125 Sitzen im Parlament, die neue Partei der Unternehmer
50 und Industriellen 14 Sitze. Die restlichen Sitze werden von parteilosen Vertretern von Gewerkschaften,
51 Frauen- und Jugendorganisationen, die wie die neue Partei der Unternehmer und Industriellen als regierungstreu
52 gelten, besetzt.

53

54

55

China

Ansprechpartner: Hr. Spörl, Tel.: 7318

1
2 **Widersprüchliche Darstellungen eines gewaltsamen Vorfalls in Xinjiang**

3 Wie in den BN vom 16.12.13 berichtet, tötete die Polizei am 15.12.13 bei einem gewaltsamen Zwischenfall
4 in einem Ort nahe Kashgar in Xinjiang 14 Personen. Laut der offiziellen Darstellung handelte es sich um die
5 Reaktion auf den Angriff einer Terrorgruppe. Wie u.a. Radio Free Asia unter Berufung auf lokale Quellen
6 am 18.12.13 berichtete, sollen hingegen 14 Mitglieder einer uigurischen Großfamilie, darunter sechs Frauen,
7 getötet worden sein, die zu Hochzeitsvorbereitungen zusammengekommen waren. Demnach habe der Poli-
8 zeichef des Ortes bei Ermittlungen in dem Haus den Schleier einer Muslimin gelüftet und dadurch gewalt-
9 same Reaktionen ausgelöst, in deren Verlauf er und der Chef der Staatssicherheit des Bezirks sowie 14 Mit-
10 glieder der uigurischen Großfamilie getötet worden seien.

11
12

Korea (Demokratische Volksrepublik)

Ansprechpartner: Fr. Hacker, Tel.: 7314

13
14 **Nordkorea huldigt Diktator Kim Jong Un**

15 Die nordkoreanische Partei- und Armeeführung hat Machthaber Kim Jong Un nach der Hinrichtung von
16 Spitzenpolitikern ihre uneingeschränkte Loyalität geschworen. Nordkorea beging am 17.12.13 den zweiten
17 Todestag des früheren Machthabers Kim Jong Il sowie den zweiten Jahrestag der Machtübernahme von des-
18 sen Sohn. Nach der überraschenden Hinrichtung von Kims Onkel und Mentor, Jang Song Thaek, in der ver-
19 gangenen Woche wurden die Feierlichkeiten im In- und Ausland mit größerer Aufmerksamkeit als sonst
20 verfolgt. Auf den vom Staatsfernsehen ausgestrahlten Bildern war Kims Tante, Kim Kyong Hui, nicht zu
21 sehen. Kims Onkel Jang galt lange Zeit als zweitmächtigster Mann im Land. Dem 67-Jährigen wurden auch
22 gute Verbindungen zum Militär nachgesagt. Jang und einige Gefolgsleute wurden wegen Hochverrats hinge-
23 richtet. Andere Militärs, wie der ehemalige Generalstabschef Ri Yong Ho, sind seit Monaten nicht mehr in
24 der Öffentlichkeit erschienen. Ihr Schicksal ist unklar.
25